

**Prof. Dr. Steinitz (PDS):**

Ich möchte für den Antrag sprechen. Es geht ja hier, wie mehrmals betont wurde, um einen Beschluß von ungeheurer Tragweite für die Menschen in unserer Republik, bei dem man sich die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sehr gründlich überlegen muß.

Wenn jetzt festgestellt worden ist, daß die Mehrheit der Abgeordneten nicht die Möglichkeit hatte, sich gründlich mit dem Text vertraut zu machen, glaube ich, liegt es in unserer Verantwortung, zu verhindern, daß jetzt unter Zeitdruck eine Entscheidung getroffen wird, die wir später vielleicht bereuen müssen. Deshalb bin ich auch dieser Meinung, wir müssen die Bedingungen schaffen und eine Unterbrechung von zwei Stunden vorsehen für die Fraktionen und auch für den Wirtschaftsausschuß, um einige Dinge noch einmal gründlich zu durchdenken und dann eine fundiertere Debatte zu führen. Deshalb unterstütze ich diesen Antrag.

(Beifall bei der PDS)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag?

**Kauffmann (Die Liberalen):**

Ich lege nur Wert auf die Feststellung, daß die Unterstützung eines Antrages eine Fortführung der Debatte ist, und wir hatten hier darüber abgestimmt, daß die Debatte zu unterbrechen ist.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Moment, bitte! Es ist ein Geschäftsordnungsantrag gestellt worden. Zu diesem Gesprächsordnungsantrag kann man pro und contra diskutieren, und dann stimmen wir über diesen Geschäftsordnungsantrag ab.

(Vereinzelt Beifall)

Wer für diesen Geschäftsordnungsantrag ist, daß die Debatte bis 12 Uhr unterbrochen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Wer ist dagegen? -

(Zuruf von der PDS: Wir können nicht lesen, wir können nicht abstimmen!)

Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Widerspruch bei der PDS)

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 1

**Fragestunde**

- Drucksache Nr. 60 -

Die Drucksache Nr. 60 liegt Ihnen vor. Die Fragestunde dauert 45 Minuten.

Wir kommen zunächst zu den Anfragen aus dem Geschäftsbereich des Ministers der Finanzen und werden anschließend Fragen aus dem Geschäftsbereich des Ministers für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit aufrufen.

(Anhaltende Unruhe im Saal)

Zum Geschäftsbereich des Ministers der Finanzen rufe ich die Frage Nr. 8 auf, den Abgeordneten Dr. Uwe Grüning von der CDU/DA.

**Dr. Grüning CDU/DA):**

Herr Minister! Einigen Städten und Gemeinden droht in den

nächsten Tagen der Verlust ihrer Liquidität. Betriebe geben kulturelle Aufgaben, die sie bislang wahrgenommen haben, ebenso soziale Aufgaben, ab, nehmen sie nicht mehr wahr. Wie kann gewährleistet werden, daß die Gemeinden finanziell in die Lage versetzt werden, dringende soziale und kulturelle Aufgaben weiterhin wahrzunehmen?

**Dr. Rudolf, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Finanzen:**

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte dies beantworten. Die Zuführungen für die Städte und Gemeinden sind im ersten halben Jahr 1990, mehr als es der genauen Hälfte entspricht, gekommen. Das heißt, die Städte und Gemeinden haben insgesamt etwas mehr schon verbraucht. Es sind also keine Kürzungen geschehen.

Die wichtigsten Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität sind:

Das unbedingte Zuführen der zugesicherten Steuern und Abgaben. Das heißt, die Städte und Gemeinden, insbesondere aber die Bezirke, müssen selbst dafür sorgen, daß die ihnen zustehenden Steuern und Abgaben auch wirklich kommen. Es hat zum Beispiel die Anfrage aus dem Bezirk Chemnitz gegeben. Dort waren 110 Mio M Stützung beantragt worden. Nach entsprechender Unterweisung der zuständigen Finanzverantwortlichen konnte dieser Betrag auf 40 Mio M verringert werden. Das heißt, die Differenz waren ausstehende Forderungen. Diese Sache ist die wichtigste Maßnahme.

Man muß nach wie vor davon ausgehen, daß bestimmte Betriebe und Kombinate in der Zahlung ihrer Verpflichtungen säumig sind. Diese Verpflichtungen sind auch durch das Gesetzeswerk nicht aufgehoben, das wir für das zweite Halbjahr beschließen. Was im ersten halben Jahr hereinkommen kann, muß mit aller Konsequenz und Schärfe eingetrieben werden. Nur so kann man das sagen.

Es gibt immer noch gültige Haushaltsordnungen, es gibt Sanktionen, und es gibt Rechtssicherheiten. Wir haben inzwischen auch wieder Richter. Es muß also über alle Mittel der Rechtsweg erreicht werden, daß die Steuern und Abgaben, für die entsprechende Grundlagen bestehen, auch gezahlt werden. Man muß insbesondere dafür sorgen, daß ungerechtfertigte Kreditrückzahlungen und weitere Zahlungen der Betriebe, die nicht vereinbart sind und die nicht zulässig sind, unterbunden werden. Es gibt hier eine große Vielfalt im gesamten Gebiet der Republik.

Weiterhin müssen die Finanzverantwortlichen eine gute Haushaltswirtschaft führen. Das ist zwar leicht gesagt, weil in den Städten und Kommunen viele neue Leute sind, die sich einarbeiten müssen. Aber es bleibt nichts anderes übrig, die Haushaltswirtschaft muß ordentlich aufgebaut werden, und dann muß man auch mit Rechtsmitteln versuchen, ungerechtfertigte Forderungen abzuwehren. Das ist ein ganz normaler finanztechnischer Prozeß.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Vielen Dank, Herr Dr. Rudolf. - Ich bitte jetzt die Frage 10 zu stellen, und zwar bitte ich den Abgeordneten Gert Hartmann von der SPD, seine Frage zu stellen. - Er ist nicht anwesend. Dann bitte ich Frau Christine Ostrowski von der PDS, ihre Frage, die Frage 11, zu stellen.

**Frau Ostrowski (PDS):**

Herr Minister, wie bewerten Sie die Aussage unseres Ministerpräsidenten, daß es keinem Bürger nach der Währungsunion schlechter gehen wird, in Anbetracht des vorgesehenen Sockelbetrages für Studenten von 280 Mark und der zu erwartenden steigenden Lebenshaltungskosten?